

Kämpfe für Klimagerechtigkeit

Tobias Kalt

Menschen ketten sich an Bulldozer, Polizeikräfte räumen Protestcamps und aufgebrachte Menschen halten Plakate, auf denen ›Water is Life‹ und ›Defend the Sacred‹ steht. Die Indigene Gemeinschaft der *Standing Rock* Sioux leistete im Jahr 2016 → Widerstand gegen den Bau der Dakota Access Pipeline (DAPL) entlang ihrer Reservatsgrenzen und sorgte damit weltweit unter dem Hashtag NoDAPL für Aufsehen. Sie befürchtete, dass durch die Öl-Pipeline Gewässer verschmutzt, kulturelle Stätten zerstört und Klimafolgen zunehmen würden. Nachdem die Obama-Regierung Ende 2016 die Pläne vorläufig auf Eis gelegt hatte, revidierte wenige Monate später der neugewählte US-Präsident Trump die Entscheidung. Im Juli 2020 wurde schließlich nach langem Rechtsstreit ein Betriebsstopp der Pipeline und eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung angeordnet.

Im → Konflikt um die DAPL geht es um Klimagerechtigkeit. Soziale Bewegungen brachten diesen Begriff zu Beginn des UN-Klimaprozesses Ende der 1990er Jahre in die Klimadebatte ein, um die Gerechtigkeitsdimension des Klimawandels hervorzuheben. Denn diejenigen, die am meisten für die globale Erhitzung verantwortlich sind, können sich am besten vor den Folgen schützen. Umgekehrt sind diejenigen, die am wenigsten Verantwortung tragen, am stärksten betroffen. Semantisch und geschichtlich knüpft Klimagerechtigkeit an Kämpfe für → Umweltgerechtigkeit an (Schlosberg/Collins 2014). Da Umweltzerstörung meist dorthin verlagert wird, wo die Kosten dafür am niedrigsten sind, sind vor allem marginalisierte soziale Gruppen davon betroffen. Der Begriff der Umweltgerechtigkeit entstand in den Kämpfen von Indigenen und *working-class communities of color* in den USA, die schon lange gegen strukturelle Umweltungerechtigkeiten kämpfen, die beispielsweise durch die Verlagerung von schmutzigen Industrien in einkommensschwache Stadtteile entstehen. Nicht nur in Nordamerika sondern weltweit gibt es eine Vielzahl an Kämpfen für Umweltgerechtigkeit und gegen Umweltzerstörung, Enteignungen und Vertreibungen durch industrielle Großprojekte (Martinez-Alier et al. 2016). Analog dazu richtet sich Klimagerechtigkeit gegen diejenigen Strukturen, die Klimawandel und Klimaungerechtigkeit verursachen. In den 2000er Jahren wurde Klimagerechtigkeit zum Dreh- und Angelpunkt einer globalen Bewegung, die versuchte, inter- und intragenerationale → Gerechtigkeitsfragen in der internationalen Klimapolitik zu verankern. Mit zunehmenden Misserfolgen der Klimaverhandlungen hat sich in den letzten Jahren der Fokus auf lokale Kämpfe ums Klima verschoben. #NoDAPL reiht sich ein in eine Vielzahl an Kämpfen gegen fossile Industrien und für Klimagerechtigkeit (Klein 2015). Zuletzt hat die Klimagerechtigkeitsbewegung an vielen Orten weltweit einen neuen

Aufschwung erfahren mit den von jungen Menschen organisierten Fridays For Future-Protesten.

Klimaschutz vs. Klimagerechtigkeit

Szenenwechsel von den Bulldozern und Protestcamps im *Standing Rock* Reservat zu den internationalen Klimakonferenzen. Hier spielen Gerechtigkeitsfragen eine untergeordnete Rolle. Der Kampf für Klimagerechtigkeit ist ein anderer als der Kampf gegen den Klimawandel. Bei den internationalen Klimaverhandlungen wird der Klimawandel meist auf ein biophysikalisches Phänomen reduziert, dessen Ursache eine Übermenge an Treibhausgasen in der Atmosphäre ist. Werden dadurch planetare Grenzen überschritten, so droht die Gefahr eines zivilisatorischen Kollapses (Görg 2016). Mit dem Narrativ ›Wir sitzen alle in einem Boot‹ wird suggeriert, dass die gesamte Menschheit gleich betroffen sei (Köhler 2016). Aus der Vogelperspektive der globalen Klimagovernance steht daher die globale Emissionsreduktion als internationale Gemeinschaftsaufgabe im Vordergrund (Brand/Görg 2016). Um dies zu erreichen, setzt die internationale Klimapolitik auf Investitionen in ›grüne‹ Märkte und Produkte, Marktmechanismen wie den Emissionshandel und technische Lösungen wie die Abscheidung und Speicherung von CO₂. Freiwillige Selbstverpflichtungen, inkrementelle institutionelle Anpassungen und die ökologische Modernisierung emissionsintensiver Produktions- und Konsummuster sollen bestehende Kapitalkreisläufe nicht gefährden und die → Natur für neue Runden der Kapitalverwertung → inwertsetzen (Krüger 2016). Die strukturellen Ursachen der Klimakrise, die in der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, den starken Interessen des fossilen Kapitals und verschiedenen → Macht- und Ungleichheitsverhältnissen liegen, werden hingegen ausgeklammert. Studien zeigen, dass ›grünes Wachstum‹ nicht zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen führt, die getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um das 1,5°C-Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen und darüber hinaus machtblinde Klimamaßnahmen Ungleichheitsverhältnisse reproduzieren (Hickel/Kallis 2020).

Obwohl die Klimakrise eine global koordinierte, solidarische und gerechte Antwort bräuchte, ist die internationale Klimapolitik überschattet von »ökoimperialen Spannungen« (Brand/Wissen 2017: 122ff.) zwischen wachstumsgetriebenen Staaten in der Konkurrenz um die Inanspruchnahme schrumpfender CO₂-Budgets. Gerechtigkeitsaspekte spielen eine untergeordnete Rolle und finden sich lediglich im Prinzip der ›gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung‹. Reiche Industrieländer sollen auf Grund ihrer gegenwärtig wie historisch hohen Emissionen mehr zur Reduktion beitragen als arme Länder und sich stärker an der Klimafinanzierung beteiligen. Klimagerechtigkeit wird dabei auf quantitative Aspekte der Verteilung von Emissionsrechten und Finanzierungsbeiträgen begrenzt (Brunnengräber/Dietz 2016). Klimagerechtigkeit geht jedoch darüber hinaus und beinhaltet Forderungen nach der vertraglichen Haftung für klimabedingte Schäden und Verluste, die zwar im Pariser Abkommen erwähnt, jedoch mit keinem Haftungsmechanismus versehen sind. Klimagerechtigkeit bedeutet außerdem die Begleichung von Klimaschulden. Diejenigen Länder, welche die begrenzten Senkenkapazitäten des Planeten historisch und gegenwärtig überproportional beanspruchen, haben sich gegenüber denjenigen Ländern verschuldet, die weniger emittieren und die Klimafolgen- und Anpassungskosten

übermäßig tragen (Warlenius 2017). Besonders betroffenen Menschen, insbesondere Indigenen Gruppen, soll es außerdem möglich sein, für sich selbst zu sprechen und in der Klimapolitik mitbestimmen zu können (Belfer et al. 2019). Mit den ›*People's Demands for Climate Justice*‹ (2018) fordert die globale Klimagerechtigkeitsbewegung fossile Brennstoffe im Boden zu lassen, umfangreiche Emissionsreduktionen und Finanztransfers durch Länder des globalen Nordens vorzunehmen, den Einfluss von Kapitalinteressen auf die Klimapolitik zu begrenzen, sich nicht auf markt- und technologiezentrierte Maßnahmen zu verlassen und eine sozial-ökologische → Transformation über den Kapitalismus hinaus anzustreben.

Politische Ökologie und Klimagerechtigkeit

Die Politische Ökologie mit ihrem Blick auf → gesellschaftliche Naturverhältnisse, Macht und Herrschaft ist mit einem gesellschaftskritischen Begriff von Klimagerechtigkeit eng verwandt. Im Folgenden schlage ich Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive auf Klimagerechtigkeit vor, welche Klimakrise und Klimapolitik vor dem Hintergrund von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen analysiert, Kämpfen um Klimagerechtigkeit eine zentrale Bedeutung für eine sozial-ökologische Transformation zuschreibt und nach den → emanzipatorischen Potenzialen von nicht-hegemonialen (→ Hegemonie) und klimagerechten Naturverhältnissen fragt.

Macht, Herrschaft und Ungleichheit in der Klimakrise

Die Politische Ökologie versteht die Klimakrise nicht als Problem eines Ungleichgewichts in ›der Natur‹, sondern als eine Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, in die Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse eingeschrieben sind. Damit rücken nicht die klimatischen Veränderungen an sich in den Fokus, sondern deren gesellschaftliche Ursachen und Treiber wie auch die ungleichen Verantwortlichkeiten, Betroffenheiten und Anpassungsmöglichkeiten. Diese bestehen entlang von sozialen Differenzlinien wie Klasse, ›race‹, Ethnizität, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft, Alter, Religion und *ability*. Dies sind keine natürlichen Eigenschaften, sondern gesellschaftliche Konstruktionen, in denen sich unter anderem rassistische, klassistische und patriarchale Machtverhältnisse ausdrücken.

Damit öffnet sich ein anderer Zugang zur Klimakrise. Nicht die gesamte Menschheit, sondern große multinationale Unternehmen verbrauchen auf Grund des im Kapitalismus inhärenten Zwangs zu Wachstum und Expansion immer größere Mengen an Material und Energie und erhitzen dadurch die Erdatmosphäre. Statt der gängigen Rede vom Anthropozän, in der eine undifferenzierte Menschheit zur geologischen Kraft erhoben wird, sprechen Ökomarxist*innen (→ Marxistische Politische Ökologie) daher lieber vom ›Kapitalozän‹, um hervorzuheben, dass die kapitalistische Expansion ursächlich für die ökologische Krise ist (Moore 2016). Im Kapitalozän kommen Klassenunterschiede beispielsweise in der extremen Ungleichverteilung der Pro-Kopf-Emissionen zum Ausdruck. Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung verursachen 52 Prozent der kumulativen CO₂-Emissionen, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung lediglich 7 Prozent auf sich vereint (Oxfam 2020). Darüber hinaus wohnen Menschen mit geringen Einkommen häufiger in vom Klimawandel gefährdeten Gebieten, haben keine finanziel-

len Rücklagen, wenn etwa Nahrungsmittelpreise auf Grund von Ernteausfällen steigen und haben weniger Ressourcen, um sich vor Klimafolgen zu schützen (Taylor 2015).

→ Postkoloniale Theoretiker*innen sprechen vom ›*Black Anthropocene*‹ (Yusoff 2019) oder vom ›*Racial Capitalocene*‹ (Vergés 2017), um zu verdeutlichen wie auch koloniale und rassistische Strukturen die Klimakrise durchziehen. Die Geschichte des fossilen Kapitalismus geht einher mit der kolonialen Unterwerfung, Versklavung und Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Süden. In der Gegenwart finden sich koloniale Kontinuitäten in klimaschädlichen Produktions- und Konsummustern einer → imperialen Lebensweise, die erst dadurch ermöglicht werden, dass in neokolonialer Manier auf → Arbeit und Ressourcen (→ Rohstoffe) im Globalen Süden zugegriffen wird (Brand/Wissen 2017; I.L.A Kollektiv 2017). Dort verschärfen sich dadurch Klimavulnerabilitäten und es fehlen Ressourcen zur Klimaanpassung. Beispielsweise verlieren durch die Ausweitung der exportorientierten Landwirtschaft im Globalen Süden Kleinbäuer*innen ihr Land oder werden vertraglich an multinationale Agrarkonzerne gebunden (Noever Castelos 2019). Klimabedingte Extremwetterereignisse können dann Nahrungsmittelknappheiten auf lokalen Märkten verschärfen, weil hauptsächlich für den Export produziert wird, und zur Verschuldung von Vertragslandwirt*innen führen, wenn Lieferverträge nicht erfüllt werden können. Koloniale Kontinuitäten kennzeichnen auch grüncapitalistische Klimaschutzvorhaben. Die im Globalen Süden stattfindende Aneignung von Land und Ressourcen für ›grüne‹ Technologien oder von tropischen Wäldern zur CO₂-Speicherung wird mitunter als ›grüner Kolonialismus‹ bezeichnet (Heuwieser 2015). Bei der Klimaanpassung kommen zuweilen auch koloniale Muster zum Vorschein, wenn etwa Anpassungsmaßnahmen den Zielgruppen Selbstbestimmungsrechte entziehen (Bordner et al. 2020). Auch im Konflikt um die DAPL-Pipeline spricht Kyle Whyte (2016) von einem »kolonialen Déjà Vu«. Nachdem der Siedlungskolonialismus im 19. Jahrhundert die Sioux aus ihren Territorien vertrieb, sind es nun Indigene Territorien, die einmal mehr für die Kapitalverwertung zugänglich gemacht werden. Während die Pipeline ursprünglich entlang der weißen Stadt Bismarck führen sollte, wurde diese letztendlich auf Grund der Gefährdung der städtischen Wasserversorgung durch die Indigenen Territorien umgeleitet.

Giovanna Di Chiro (2017) spricht schließlich vom ›*Manthropocene*‹, um auch auf die patriarchale Dimension der Klimakrise hinzuweisen. Beispielsweise sind männliche Konsummuster emissionsintensiver, wie sich beim Fleischkonsum und Mobilitätsverhalten zeigt, und die Schaltzentralen der Macht sind mehrheitlich männlich besetzt (Perkins 2019). Patriarchale Geschlechterrollen und eingeschränkte Zugänge zu Einkommen, Bildung und Mobilität erhöhen zudem die Vulnerabilität von Frauen und inter- und transgeschlechtlichen und nicht-binären Personen gegenüber Klimafolgen (Alston/Whittenbury 2012). Markt- und technologiezentrierte Klimamaßnahmen sind häufig geschlechtsblind und reproduzieren Geschlechterungleichheiten (Crease et al. 2019). Zudem nimmt die geschlechtsspezifische Gewalt nach klimabedingten Naturkatastrophen zu (Fisher 2010). Auch in den ›*Man Camps*‹ in den Ölfeldern in North Dakota kommt es immer wieder zu sexuellen Übergriffen auf Indigene Frauen*¹ (Sweet 2013) (vgl. → Feministische Politische Ökologie, → Queer Ecologies).

1 Die Schreibweise Frauen* verweist auf den gesellschaftlichen Konstruktionscharakter von Geschlecht und schließt cis-Frauen wie auch trans- und intergeschlechtliche Personen, die sich als Frauen identifizieren, mit ein.

All diese Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse existieren nicht unabhängig nebeneinander, sondern sind miteinander und mit dem Klimawandel je nach Kontext unterschiedlich verwoben (Kaijser/Kronsell 2014). Dies wird am Beispiel der DAPL deutlich, bei dem die koloniale Geschichte mit gegenwärtigem Umweltrassismus und sexistischen Bedrohungen zusammenwirkt. Eine intersektionale Politische Ökologie geht über eine isolierte Betrachtung von Ungleichheiten hinaus und liest Klimaungerechtigkeit als Resultat von verschränkten Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen (Malin/Ryder 2018).

Kämpfe ums Klima

Konflikte sind ein zentraler Gegenstand der Politischen Ökologie. Das macht sie anschlussfähig an einen an soziale Kämpfe rückgebundenen Begriff von Klimagerechtigkeit. Damit geht ein Perspektivwechsel von den internationalen Verhandlungen um CO₂-Budgets, Emissionsrechte und Finanzierungsbeiträge zu den Kämpfen ums Klima einher. In sozialen Konflikten und Kämpfen von der lokalen bis zur globalen Ebene kommen die der Klimakrise zugrundeliegenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse zum Vorschein, werden infrage gestellt und neu verhandelt:

»Ob die Welt [...] klimagerechter wird oder nicht, darüber entscheiden weniger die internationalen Klimaverhandlungen als soziale Kämpfe an verschiedenen Orten der Welt« (Brunnengräber/Dietz 2016: 161).

In den Debatten um Klimagovernance und in den herkömmlichen Transformationsmodellen, die Übergänge in eine CO₂-arme Wirtschaft vorzeichnen, finden soziale Kämpfe und → soziale Bewegungen jedoch kaum Beachtung. Transformation geschieht demzufolge durch das Zusammenspiel von technologischen Innovationen in der Nische, makrostrukturellen Veränderungen und progressiven politischen und wirtschaftlichen Eliten (Geels/Schot 2007). Für die Politische Ökologie bedeutet Transformation hingegen die Überwindung der die Klimakrise verursachenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Sie schaut daher auf konkrete Konflikte und Kämpfe um gesellschaftliche Naturverhältnisse und nimmt soziale Bewegungen als wichtige Transformationsakteure in den Blick (Lawhon/Murphy 2011; Temper et al. 2018).

In Kämpfen ums Klima kommt die Handlungsfähigkeit und transformative Macht von marginalisierten, häufig als »vulnerabel« dargestellten Gruppen zum Vorschein. Es sind oft *Frontline Communities* und dort vor allem Frauen*, die am stärksten vom fossilen Extraktivismus und Klimakrise betroffen sind und dementsprechend Widerstand leisten. Die #NoDAPL-Bewegung wird von Indigenen Frauen* angeführt, da der Schutz des → Wassers und des kulturellen Erbes traditionell in ihren Aufgabenbereich fällt (Privott 2019). Auf transnationaler Ebene finden *Frontline Communities* und ihre Verbündeten in einer globalen Bewegung zusammen, für die Klimagerechtigkeit eine verbindende Klammer für Solidarität und Allianzen zwischen unterschiedlichen Kämpfen für eine klimagerechte Welt bildet (Almeida 2019). Widerstand leisten nicht nur diejenigen, die heute schon am stärksten von Klimakrise und Extraktivismus betroffen sind. In den letzten Jahren sind mit Fridays For Future, Ende Gelände und *Extinction Rebellion* neue, von jungen Menschen angeführte Klimabewegungen weltweit entstanden, die vor allem für intergenerationale Gerechtigkeit und eine lebenswerte

Zukunft streiten. Auch einige Gewerkschaften öffnen sich der ökologischen Frage und streben nach einer *Just Transition*, die gute Arbeit zu einem zentralen Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation macht (Morena et al. 2020). Gewerkschaften stehen jedoch auch öfters in der Kritik, die existenzielle Bedrohung durch die Klimakrise nicht ernst genug zu nehmen, bestehende Arbeitsplätze in Branchen mit hohen Emissionen zu verteidigen und einen falschen Gegensatz zwischen Arbeitsplätzen und Klimagerechtigkeit zu verstetigen (Kalt 2021). Demgegenüber stehen Klimabewegungen im Globalen Norden in der Kritik, die eigenen Privilegien zu wenig zu reflektieren und intersektionale Perspektiven zu sehr zu vernachlässigen (Wretched of the Earth 2019). Die Politische Ökologie kann hier Anstöße geben, um solidarische Kritik zu üben und auf dominante Sprechpositionen, verborgene Ausschlüsse und latente Eurozentrismen in sozialen Bewegungen aufmerksam machen (Görllich/Habermann 2018).

Klimagerechte Alternativen

Klimagerechtigkeit beinhaltet die Vision von alternativen Entwicklungspfaden, welche die globale Erhitzung verlangsamen und allen Menschen ein gutes Leben im Angesicht turbulenter Umweltveränderungen ermöglichen. Während die Politische Ökologie einerseits hegemoniale Naturverhältnisse analysiert und kritisiert, wendet sie sich andererseits auch nicht-hegemonialen Naturverhältnissen zu. Diese finden sich in den genannten Kämpfen und Bewegungen für Klimagerechtigkeit, in nicht-kapitalistischen Lebensweisen an den Rändern der kapitalistischen Moderne und in den Nischen und Rissen der Gesellschaften im Globalen Norden.

Beispielsweise verstehen sich die #NoDAPL-Aktivist*innen als Beschützer*innen des Wassers und erklären: »We are not protestors, we are water protectors« (Herrera 2016). Zum Vorschein kommen hier alternative Naturverhältnisse, die sich auf einen Ethos der gemeinsamen Verantwortung und des Erhalts der Lebensgrundlagen stützen (Privott 2019). Nicht-westliche und nicht-anthropozentrische Vorstellungen von Klimagerechtigkeit, in denen die dualistische Trennung von Mensch und Natur aufgehoben ist, treten in Forderungen nach der Anerkennung von Indigenen Rechten und Rechten der Natur hervor (Nuñez 2019). Alternative Entwicklungsparadigmen, die markt- und technologiefixierte Ansätze zurückweisen und den Schutz allen Lebens in seiner Verbundenheit ins Zentrum stellen, finden sich im lateinamerikanischen *Sumak Kawsay* oder *Buen Vivir*, im afrikanischen *Ubuntu*, im indischen *Swaraj* und im europäischen Degrowth (Kothari et al. 2019). Darüber hinaus zielen ökosozialistische Alternativen auf die demokratische Kontrolle und den ökologischen Umbau fossiler Industrien und Unternehmen (Satgar 2018). So kämpft etwa der globale Gewerkschaftsverband *Trade Unions for Energy Democracy* für die Vergesellschaftung von Energiesektoren, um den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung und den Einstieg in die Erneuerbaren zu beschleunigen und gegen Klimakrise, Energiearmut und schlechte Arbeitsbedingungen vorzugehen (TUED 2013). Die Politische Ökologie kann dazu beitragen, diese Vielfalt an → Wissen, Praktiken und möglichen klimagerechten Zukünften aufzuzeigen und aufzuwerten.

Fazit und Ausblick

Die Politische Ökologie schaut auf Macht, Herrschaft, Ungleichheiten, soziale Kämpfe und klimagerechte Alternativen – allesamt Aspekte, die im klimapolitischen Mainstream ausgeblendet werden. Eine solche Perspektive auf Klimagerechtigkeit ermöglicht folgende Schlussfolgerungen:

1. Verantwortlichkeiten, Betroffenheiten und Anpassungsmöglichkeiten in der Klimakrise sind zwischen und innerhalb von Gesellschaften ungleich verteilt. Verschiedene Achsen gesellschaftlicher Differenz sind miteinander und dem Klimawandel je nach Kontext unterschiedlich verschränkt. Klimagerechtigkeit muss demnach intersektional sein.
2. Das Problem des Klimawandels ist nicht ein bloßes Zuviel an CO₂, sondern das Problem sind die kapitalistischen, kolonialen und patriarchalen Naturverhältnisse, die Klimawandel und Klimaungerechtigkeiten hervorbringen. Klimagerechtigkeit kann nur über die radikale Transformation dieser hegemonialen Naturverhältnisse erreicht werden.
3. Klimagerechte Transformationen werden durch bestehende Machtverhältnisse blockiert. Diese werden in Kämpfen für Klimagerechtigkeit infrage gestellt und verändert.
4. Nicht-hegemoniale Naturverhältnisse in Kämpfen für Klimagerechtigkeit im Globalen Süden wie auch im Globalen Norden können Bausteine für klimagerechte Zukünfte sein.

Eine politisch-ökologische Perspektive auf Klimagerechtigkeit steht vor einigen Herausforderungen. Erstens gibt es in der Politischen Ökologie die Tendenz, das Lokale als Analyseebene zu privilegieren, während es bei Klimagerechtigkeit häufig um globale Fragen geht. Eine Politische Ökologie des Klimawandels muss aufpassen, weder auf der internationalen Ebene der Klimaverhandlungen zu verharren, noch in die »lokale Falle« (Brown/Purcell 2005) zu tappen. Stattdessen sollten stärker als bisher multiskalare und »glokale« Dynamiken berücksichtigt werden (Fisher 2015). Zweitens sollten post- und dekoloniale, Indigene und intersektionale Ansätze mehr Raum in einer noch immer weiß und angelsächsisch dominierten Politischen Ökologie einnehmen können (Sultana 2021). Drittens bedeutet zu Klimagerechtigkeit zu forschen, eine politische Rolle einzunehmen. Das kann etwa bedeuten, Aktivismus und Forschung zu verknüpfen und Klimagerechtigkeitsbewegungen solidarisch und kritisch zu begleiten, beispielsweise durch → Aktionsforschung zusammen mit sozialen Bewegungen oder die Gestaltung von Lern- und Reflexionsorten in Bewegungskontexten (Heynen/Van Sant 2015).

Literatur

- Almeida, Paul (2019): »Climate justice and sustained transnational mobilization«, in: Globalizations, 16. Jg., Nr. 7, S. 973–979.
- Alston, Margaret/Whittenbury, Kerri (2012): Research, Action and Policy: Addressing the Gendered Impacts of Climate Change, Berlin: Springer.

- Belfer, Ella/Ford, James/Maillet, Michelle/Araos, Malcolm/Fynn, Melanie (2019): »Pursuing an Indigenous Platform: Exploring Opportunities and Constraints for Indigenous Participation in the UNFCCC«, in: *Global Environmental Politics*, 19. Jg., Nr. 1, S. 12-33.
- Bordner, Autumn/Ferguson, Caroline/Ortolano, Leonard (2020): »Colonial dynamics limit climate adaptation in Oceania: Perspectives from the Marshall Islands«, in: *Global Environmental Change*, 61. Jg., Art. 102054.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2016): »Globales Umwelt-Management«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld: transcript, S. 103-108.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus*, München: oekom.
- Brown, J. Christopher/Purcell, Mark (2005): »There's nothing inherent about scale: political ecology, the local trap, and the politics of development in the Brazilian Amazon«, in: *Geoforum*, 36. Jg., Nr. 5, S. 607-624.
- Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina (2016): »Klimagerechtigkeit«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld: transcript, S. 157-162.
- Crease, Roa Petra/Parsons, Meg/Fisher, Karen Toni (2019): »No climate justice without gender justice: explorations of the intersections between gender and climate injustices in climate adaptation in the Philippines«, in: Tahseen Jafry (Hg.): *Routledge Handbook of Climate Justice*, London: Routledge, S. 359-378.
- Di Chiro, Giovanna (2017): »Welcome to the White (m)Anthropocene?: A Feminist-Environmental Critique«, in: Sherilyn MacGregor (Hg.): *Routledge Handbook of Gender and Environment*, London/New York: Routledge, S. 487-505.
- Fisher, Sarah (2010): »Violence against women and natural disasters: Findings from post-tsunami Sri Lanka«, in: *Violence Against Women*, 16. Jg., Nr. 8, S. 902-918.
- Fisher, Sarah (2015): »The emerging geographies of climate justice«, in: *The Geographical Journal*, 181. Jg., Nr. 1, S. 73-82.
- Geels, Frank/Schot, Johan (2007): »Typology of sociotechnical transition pathways«, in: *Research Policy*, 36. Jg., Nr. 3, S. 399-417.
- Görg, Christoph (2016): »Planetarische Grenzen«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld: transcript, S. 239-244.
- Görlich, Wilm/Habermann, Friederike (2018): »Transnationale soziale Bewegungen: Die Reproduktion von Ungleichheit in Theorien und Praktiken globaler zivilgesellschaftlicher Politik«, in: Ilker Ataç/Albert Kraler/Wolfram Schaffar/Aram Ziai (Hg.): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*, Wien: Mandelbaum Verlag, S. 321-333.
- Herrera, Allison (2016): »Standing Rock activists: Don't call us protesters. We're water protectors«, <https://theworld.org/stories/2016-10-31/standing-rock-activists-dont-call-us-protesters-were-water-protectors> (Zugriff: 10.09.2022).
- Heuwieser, Magdalena (2015): *Grüner Kolonialismus in Honduras: Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons*, Wien: Promedia.
- Heynen, Nik/Van Sant, Levi (2015): »Political ecologies of activism and direct action politics«, in: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): *The Routledge Handbook of Political Ecology*, London: Routledge, S. 169-178.
- Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2020): »Is Green Growth Possible?«, in: *New Political Economy*, 25. Jg., Nr. 4, S. 469-486.

- I.L.A. Kollektiv – Imperiale Lebensweisen und solidarische Alternativen Kollektiv (2017): *Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert*, München: oekom.
- Kaijser, Anna/Kronsell, Annica (2014): »Climate change through the lens of intersectionality«, in: *Environmental Politics*, 23. Jg., Nr. 3, S. 417-433.
- Kalt, Tobias (2021): »Jobs vs. climate justice? Contentious narratives of labor and climate movements in the coal transition in Germany«, in: *Environmental Politics*, 30. Jg., Nr. 7, S. 1135-1154.
- Klein, Naomi (2015): *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Köhler, Bettina (2016): »Raumschiff Erde«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld: transcript, S. 245-252.
- Kothari, Ashish/Salleh, Ariel/Escobar, Arturo/Demaria, Federico/Acosta, Alberto (Hg.) (2019): *Pluriverse: A Post-Development Dictionary*, New Delhi: Tulika Books.
- Krüger, Timmo (2016): »Ökologische Modernisierung«, in: Sybille Bauriedl (Hg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld: transcript, S. 225-232.
- Lawhon, Mary/Murphy, James (2011): »Socio-technical regimes and sustainability transitions: Insights from political ecology«, in: *Progress in Human Geography*, 36. Jg., Nr. 3, S. 354-378.
- Malin, Stephanie A./Ryder, Stacia S. (2018): »Developing deeply intersectional environmental justice scholarship«, in: *Environmental Sociology*, 4. Jg., Nr. 1, S. 1-7.
- Martinez-Alier, Joan/Temper, Leah/Del Bene, Daniela/Scheidel, Arnim (2016): »Is there a global environmental justice movement?«, in: *The Journal of Peasant Studies*, 43. Jg., Nr. 3, S. 731-755.
- Moore, Jason (2016): *Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism*, Oakland: PM Press.
- Morena, Edouard/Krause, Dunja/Stevis, Dimitris (2020): *Just Transitions. Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World*, London: Pluto Press.
- Noever Castelos, Carla (2019): »Vertragslandwirtschaft«, in: Jan Brunner/Anna Doebelmann/Sarah Kirst (Hg.): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte*, Bielefeld: transcript, S. 303-309.
- Núñez, Alan J. (2019): »Mother Earth and climate justice: indigenous peoples' perspectives of an alternative development paradigm«, in: Tahseen Jafry (Hg.): *Routledge Handbook of Climate Justice*, London: Routledge, S. 420-430.
- Oxfam (2020): »Confronting Carbon Inequality. Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery«, <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621052/mb-confronting-carbon-inequality-210920-en.pdf> (Zugriff: 27.05.2021).
- People's Demands for Climate Justice (2018): »The People's Demands for Climate Justice«, <https://www.peoplesdemands.org/> (Zugriff: 27.05.2021).
- Perkins, Patricia (2019): »Climate justice, gender and intersectionality«, in: Tahseen Jafry (Hg.): *Routledge Handbook of Climate Justice*, London: Routledge, S. 349-358.
- Privott, Meredith (2019): »An Ethos of Responsibility and Indigenous Women Water Protectors in the #NoDAPL Movement«, in: *The American Indian Quarterly*, 43. Jg., Nr. 1, S. 74-100.
- Satgar, Vishwas (2018): *The Climate Crisis: South African and Global Democratic Eco-Socialist Alternatives*, Johannesburg: Wits University Press.

- Schlosberg, David/Collins, Lisette B. (2014): »From environmental to climate justice: Climate change and the discourse of environmental justice«, in: Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change, 5. Jg., Nr. 3, S. 359-374.
- Sultana, Farhana (2021): »Political ecology 1: From margins to center«, in: Progress in Human Geography, 45. Jg., Nr. 1, S. 156-165.
- Sweet, Victoria (2013): »Extracting More than Resources: Human Security and Arctic Indigenous Women«, in: Seattle University Law Review, 37. Jg., S. 1157-1178.
- Taylor, Marcus (2015): The Political Ecology of Climate Change Adaptation. Livelihoods, agrarian change and the conflicts of development, London: Routledge.
- Temper, Leah/Walter, Mariana/Rodriguez, Iokiñe/Kothari, Ashish/Turhan, Ethemcan (2018): »A perspective on radical transformations to sustainability: resistances, movements and alternatives«, in: Sustainability Science, 13. Jg., Nr. 3, S. 747-764.
- TUED – Trade Unions for Energy Democracy (2013): »Resist, Reclaim, Restructure: Unions and the Struggle for Energy Democracy«, http://unionsforenergydemocracy.org/wp-content/uploads/2014/05/resistreclaimrestructure_2013_english.pdf (Zugriff: 01.06.2021).
- Vergés, Françoise (2017): »Racial Capitalocene«, in: Gaye Theresa Johnson/Alex Lubin (Hg.): Futures of Black Radicalism, London/New York: Verso, S. 72-82.
- Warlenius, Rikard (2017): »Decolonizing the Atmosphere: The Climate Justice Movement on Climate Debt«, in: Journal of Environment & Development, 27. Jg., Nr. 2, S. 131-155.
- Whyte, Kyle (2016): »Is it Colonial Déjà Vu? Indigenous Peoples and Climate Injustice«, in: Joni Adamson/Michael Davis (Hg.): Humanities for the Environment. Integrating knowledge, forging new constellations of practice, London: Routledge, S. 88-105.
- Wretched of the Earth (2019): »An open letter to Extinction Rebellion«, <https://www.redpepper.org.uk/an-open-letter-to-extinction-rebellion> (Zugriff: 01.06.2021).
- Yusoff, Kathryn (2019): A Billion Black Anthropocenes or None, Minneapolis: University of Minnesota Press.